

„Das ist eine bittere Lektion“

Felix Matthes über absurde Lösungen, Phantomschmerzen und die populistische Gießkanne bei der Energiewende

Interview: Marc Schlammes

Bis zum 24. Februar war die Energiekrise vornehmlich eine ökologische Krise. Mit dem Krieg in der Ukraine ist daraus sehr rasch und sehr heftig eine politische, wirtschaftliche und soziale Krise geworden. Der Energie- und Klimaexperte Felix Matthes plädiert dafür, diese Krise in drei Etappen zu lösen – und warnt vor absurden Lösungen.

Felix Matthes, brauchte es letztlich einen Krieg, damit sich die Europäer bewusst werden, wie groß ihre Energieabhängigkeit ist?

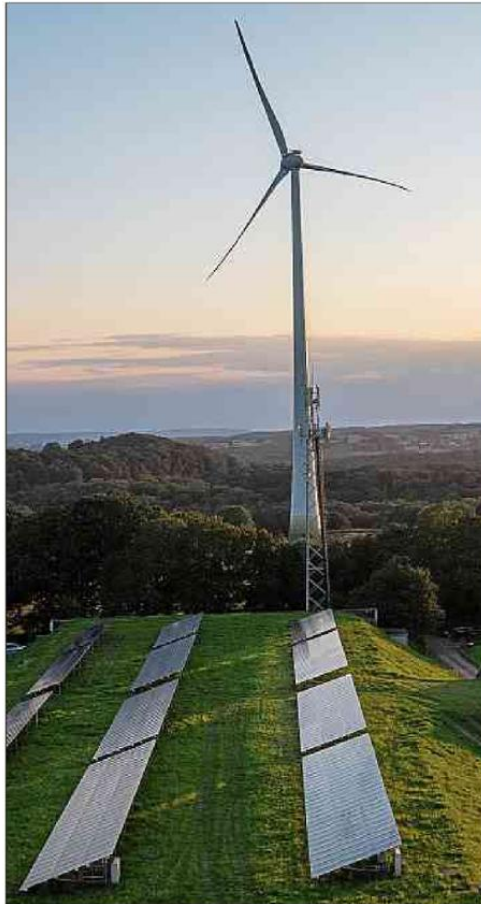
Ganz sicher nicht. Das Problem war schon vorher im Grundsatz bekannt und Projekte wie etwa Nordstream 2 umstritten. Das Tragische an dem Krieg ist nun, dass die Abhängigkeit für niemanden mehr übersehbar ist. Das ist eine bittere Lektion.

Wie erklären Sie sich vor diesem Hintergrund, dass die Staatengemeinschaft trotz aller wissenschaftlicher Erkenntnisse durch die IPCC-Berichte und trotz vorhandener technologischer Möglichkeiten die Energiewende derart vernachlässigt hat?

Es ist ja nicht so, dass nichts passiert ist. Das Thema der Energiesicherheit ist nun auf der Tagesordnung ganz oben und die spannende Frage ist, ob das politische System darauf nicht nur kurzfristig reagiert, sondern auch langfristig. Wir stehen im Klimaschutz am Ende einer verlorenen Dekade, weil zu wenig Strategisches geschehen ist. Ob der russische Angriff auf die Ukraine nun ein Booster oder eine Bremse für die Energiewende ist, wird sich daran messen, ob Politik, Wirtschaft und Wissenschaft den Sprung in die nächste Etappe der Energiewende schaffen. Und die betrifft in erster Linie die Verbraucher: Konkret können wir uns nicht länger vor einschneidenden Maßnahmen in den Bereichen Gebäude und Verkehr drücken.

Sie selbst definieren vor dem Hintergrund der aktuellen Krise drei Zeithorizonte.

Im Kern haben wir es jetzt mit einer Gaskrise zu tun und in den nächsten drei, vier Monaten gilt es, das ökonomische Problem der Preisentwicklung zu beherrschen. Das erfüllt mich nicht mit Sorge. Das eigentliche Problem sind die kommenden drei Winter, sollte es zu Versorgungsunterbrechungen beim Gas kommen. Das kann zu einem industriellen Lockdown in einer Größenordnung führen, wie wir ihn noch nicht erlebt haben und kann die Wirtschaft und die Haushalte sehr hart treffen. Dann ist da noch die Phase, wo wir das mit Konsequenz tun müssen, was auch ohne Ukraine-Krieg getan werden muss, um die Klimaziele bis 2030 zu schaffen. Da sind die folgenden zwei, drei Jahre entscheidend, weil nun das aufgegleist werden muss, was in den Folgejahren seine Wirkung erzielt. Und da sehe ich die große Gefahr, dass diese Weichenstellungen vor lauter Krisenmanagement verdrängt werden. Das darf nicht geschehen. Stattdessen müssen wir



Für Luxemburg sieht Experte Matthes bei der Energiewende die Frage der Infrastruktur „von zentraler Bedeutung“. Foto: Gerry Huberty

es schaffen, notfalls zweigleisig zu fahren.

Vor allem Deutschland befindet sich mit seiner Abhängigkeit vom Gas und der Abkehr von der Atomkraft in der Zwickmühle. Muss man etwa eingestehen, dass Frankreich demgegenüber mit der weiteren Förderung seiner Kernkraft vorausschauend, ja fortschrittlich handelt?

Diese Beobachtung ist falsch, weil sie die Gaskrise sofort wieder mit der Stromwirtschaft verbindet. Es ist der klassische Fehlschluss, den Ausstieg aus der Kohle und der Kernkraft auf die Tagesordnung zu bringen, obwohl dies gar nichts mit der Gasproblematik zu tun hat. Es ist eigentlich eine Phantomdebatte. Und ob es letztlich fortschrittlich ist, dass sich Frankreich für eine Risikotechnologie entschieden hat, sei einmal dahingestellt. Im Grunde stehen Deutschland wie Frankreich vor exakt der gleichen Herausforderung: Wie geht man bei der Energieversorgung von morgen mit der Industrie, den Gebäuden und dem Verkehr um, die heute vom Gas und Öl abhängen.

Dennoch ist der Umgang mit der Atomkraft oder auch mit Fracking nicht mehr so kategorisch ableh-

nd wie noch vor dem Ukraine-Krieg ...
... aber das sind Phantomschmerzen aus einer Debatte von gestern. In Deutschland etwa ist Fracking gas völlig nebensächlich und die Kernkraft kann Gas nur in geringer Größenordnung verdrängen.

Es ist kurzfristig nicht anders zu bewerkstelligen. Die Kernfrage hinter dem Ukraine-Krieg ist aber folgende und geht weit über Öl und Gas hinaus: Können wir es uns bei strategischen Gütern leisten, Versorgungssituationen zu haben, wo wir den Ausfall des größten Lieferanten nicht verkraften? Wenn wir jetzt nicht erkennen, dass es um die Sicherung unserer Resilienz geht und dass diese Widerstandsfähigkeit bei strategischen Gütern weit über Kohle, Gas und Öl hinausgeht, haben wir ein Problem. Die Frage der Versorgungssicherheit ist nicht bloß eine energiepolitische, sondern eine industriepolitische Frage. Industrielle Diversifizierung muss künftig so ausgerichtet sein, dass der Ausfall des wichtigsten Akteurs verkraftet wird. Das bedeutet, dass in Europa beispielsweise eine starke Stahl-, Fotovoltaik-, Batterie- und Glasindustrie angesiedelt bleiben beziehungsweise werden muss.

Für viele Bürger ist die Energiefrage aufgrund der jüngeren Preisentwicklungen nicht nur eine ökologische sondern auch eine soziale Frage. Hat die Politik unterschätzt, dass sich viele Menschen die Energiewende nicht leisten können?

Im Kontext der CO₂-Bepreisung ist dieser Aspekt schon aufgekommen und wird nun mit der Energiepreisfrage verstärkt. Im Kern geht es jetzt darum, wie wir mit Menschen umgehen, die nicht schnell reagieren können, weil ihnen die Investitionsmittel fehlen. Denn die Energiewende ist ein Weg zu einem kapitalintensiven System. Das Elektroauto oder das Niedrigenergiehaus haben einen

bislang auch zu wenig behandelt. Stattdessen verfällt die Politik in Aktionismus und stürzt sich auf die Benzinpreise. Dabei sind die Heizkosten das eigentliche Problem. Wir müssen nun eine Unterstützung in Würde hinbekommen. Sie darf nicht wie Almosen wahrgenommen werden.

Die luxemburgische Regierung hat bis Ende Juli einen Preisnachlass von 7,5 Cent je Liter Spirit beschlossen. In Deutschland haben Sie die Idee des Tankrabatts als „eine der absurdesten Ideen der letzten 20 Jahre“ kritisiert ...

... weil es eine Politik mit der populistischen Gießkanne ist. Da schütten wir sehr viel Geld aus und entlasten Menschen, die es sich leisten können. Stattdessen braucht es zielgerichtete Instrumente.

● **Wir müssen eine Unterstützung in Würde hinbekommen. Sie darf nicht wie Almosen wahrgenommen werden.**

Eine bisweilen unüberwindbare Hürde für Erneuerbare, insbesondere Windräder, stellen Bürgerinitiativen dar. Kann der Ukraine-Krieg ein Umdenken bewirken und gar versöhnende Wirkung haben?

Ja, das wird passieren. Aber beim Befund sollte man genauer hinschauen: Die großen Verhinderungen sind nicht entstanden, weil Bürgerinitiativen da waren – sondern weil die Politik die Welle abgeritten hat. In Bayern beispielsweise wäre das Verhinderungspotenzial gegen Erneuerbare ohne das Zutun der Landes- und Lokalpolitik nie so groß gewesen. Das wurde politisch befeuert.

Wie kann Luxemburg, das ein ehemaliger Wirtschaftsminister als „kleines Land ohne Berge und ohne Meer“ beschrieben, seine Möglichkeiten in puncto Energiewende optimal ausschöpfen und dabei seine Unabhängigkeit minimieren?

Die Frage der Infrastruktur wird von zentraler Bedeutung sein. Gerade beim Blick auf die Dächer sehe ich in Luxemburg noch viel Potenzial. Die Energiewende hat eine regionale Komponente. Wirtschaftspolitik ist immer auch Standortpolitik und die Regionen mit großen Mengen an erneuerbaren Energien gehören im Moment zu den Gewinnern. Ladesäulen für Elektromobilität und Wasserstofftankstellen für Lastwagen an den Autobahnen werden Standortfaktoren sein. Das gilt auch für Luxemburg.

Auf Einladung des Mouvement écologique sprach Felix Matthes vorige Woche zum Thema „Der Ukraine-Krieg und die Energiewende ...“; im Anschluss daran fand eine Gesprächsrunde mit Energieminister Claude Turmes (Déi Gréng) und René Winkin, Fedli-Direktor, statt.



Felix Matthes ist Forschungskoodinator für Energie- und Klimapolitik im Berliner Büro des Öko-Instituts, einer unabhängigen Einrichtung für Umweltforschung. Foto: Anouk Antony

nend wie noch vor dem Ukraine-Krieg ...

... aber das sind Phantomschmerzen aus einer Debatte von gestern. In Deutschland etwa ist Fracking gas völlig nebensächlich und die Kernkraft kann Gas nur in geringer Größenordnung verdrängen.

Deutschland sucht nach alternativen Versorgungsquellen in den Golfstaaten, Italien wendet sich nach Nordafrika. Wie groß ist die Gefahr, dass kurzfristig die eine Abhängigkeit die andere ablöst?

hohen Anschaffungspreis und kosten wenig im Betrieb. Und kapitalintensive Systeme sind in der Tendenz und unabwiesbar sozial regressiv, weil es die trifft, die diese Anpassungskapazitäten nicht haben. Das sind in erster Linie die ärmeren Haushalte, das trifft aber auch für Teile der Industrie zu, die dadurch in die Verlagerung gedrückt werden. Es braucht jetzt eine gezielte Unterstützung, die damit beginnt, dass man diejenigen identifiziert, die es zu unterstützen gilt. Das würde